

ANTRAG der „Vorarlberger Wirtschaft“
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Vorarlberg am 14. November 2023

16.10.2023

Abgabenquote senken statt Erbschafts- und Vermögenssteuern

Der Ruf nach Erbschafts- und Vermögenssteuern kommt in regelmäßigen Abständen von linker Seite, insbesondere von der SPÖ. Dabei liegt Österreich bei der Abgabenquote im Spitzenfeld: In einem OECD-Vergleich von 2021 weist Österreich mit 47,8% den dritthöchsten Wert auf. Angesichts der bereits bestehenden hohen Steuerlast bringt die Einführung solcher Steuern einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für den Wirtschaftsstandort. Steuerpolitisches **Ziel** muss die **Senkung der Abgabenquote** sein und **keine neuen Steuern!**

Hinter der Forderung, Erbschaftsteuern einzuführen, steht die Überlegung, dass dadurch die Ungleichheit abnimmt. Tatsächlich verringern laut Studien Erbschaften die Vermögenskonzentration, da Vermögenswerte von wenigen Personen auf mehrere übertragen werden. Durch **Erbschaftssteuern** steigt die **Konzentration von Vermögen**, da der positive Effekt der Vermögensverteilung vermindert wird. Eine **Erbschaftsteuer** kann zudem dazu führen, dass **Unternehmen**, einschließlich Familienunternehmen, **zerschlagen** werden. Das kann schwerwiegende Auswirkungen auf Produktion, Beschäftigung und Wachstum am Standort Vorarlberg haben.

Eine **Vermögenssteuer schwächt** zudem die **Investitionskraft**, da Unternehmen Gewinne für zusätzliche Steuern verwenden müssen. Bei fehlenden Gewinnen belastet die Steuer das vorhandene Vermögen oder erfordert die Aufnahme neuer Schulden. Laut einer IHS-Studie würde bei Einführung einer Vermögenssteuer in Österreich mit einem Aufkommen iHv. 1 Mrd. EURO ein langfristiger Rückgang des BIP um 0,65% (rund 3 Mrd. EURO) und ein Beschäftigungsrückgang drohen.

Jedes Vermögen, das besteuert werden soll, wurde bereits durch andere Steuern wie die Einkommens- oder die Kapitalertragssteuer besteuert. **Erbschafts- und Vermögenssteuern** sind daher eine **Doppelbesteuerung! Das gilt es zu verhindern!**

Besonders problematisch ist die **Vermögensbewertung**. Insbesondere bei Unternehmen, bei denen keine aktuellen Marktpreise verfügbar sind, werden aufwendige und kostspielige Verfahren benötigt, um annähernde Marktwerte sicherzustellen.

Letztlich sind **Erbschafts- und Vermögensteuern** volkswirtschaftlich betrachtet **ineffizient**, da die hohen Verwaltungskosten zusätzliche Steuereinnahmen auffressen.

Aus guten Gründen wurde die Erbschaftssteuer im Jahr unter einer von der SPÖ-geführten Bundesregierung vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben und die negativ wirkende Substanzsteuer in Österreich schon vor mehr als 10 Jahren von einem sozialdemokratischen Finanzminister abgeschafft.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten folgenden

ANTRAG:

Die Wirtschaftskammer Vorarlberg wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, die Abgabenquote zu senken, anstatt über Erbschafts- und Vermögensteuern zu diskutieren, die den Wirtschaftsstandort Vorarlberg gefährden.



Wilfried Hopfner
Präsident




Eduard Fischer
Vizepräsident



Markus Kegele
Spartenobmann Tourismus



Markus Comploj
Spartenobmann Industrie



Bernhard Feigl
Spartenobmann Gewerbe und Handwerk